



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Martina Fehner, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen SPD**

Zusätzliche Stellen und Mittel für die bayerische Polizei nach den Anschlägen von Paris schnell und nachhaltig realisieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich in mündlicher und schriftlicher Form zu berichten, wie

- im Einzelnen 100 zusätzliche Stellen für die bayerische Polizei geschaffen werden sollen (z.B. über einen Nachtragshaushalt oder über Möglichkeiten im Haushaltsvollzug),
- wie die dafür erforderlichen 5 Mio. Euro bereitgestellt werden sollen (z.B. über einen Nachtragshaushalt oder über Möglichkeiten im Haushaltsvollzug) und
- welcher Zeitplan für die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen vorgesehen ist.

Begründung:

Da laut Medienberichten der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, nach den Anschlägen von Paris 100 zusätzliche Stellen für die bayerische Polizei zugesagt hat, um potenzielle Gewalttäter besser überwachen zu können, und der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, die dafür nötigen 5 Mio. Euro bereitstellen will, sollte der Landtag umgehend und umfassend über die konkreten Pläne der Staatsregierung informiert werden, zumal das Parlament als Haushaltsgesetzgeber ggf. über die beabsichtigten Maßnahmen beschließen muss.

Die bisher von der Staatsregierung gelieferten Informationen sind unzureichend. So antwortete das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat auf eine entsprechende Anfrage zum Plenum am 2. Februar 2015 (Drs. 17/5164): „Die angekündigten 100 zusätzlichen Stellen für die bayerischen Sicherheitsbehörden und die korrespondierenden Personalmittel werden schnellstmöglich zur Verfügung gestellt. Mit der Personalgewinnung wurde bereits begonnen.“

Die Kernfragen, wie Stellen geschaffen und Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, bleiben damit unbeantwortet.